

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 7-8

Artikel: Nach drei Jahrzehnten Entwicklungszusammenarbeit : Ausstieg aus der Entwicklungshilfe?
Autor: Strahm, Rudolf H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340758>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rerseits nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch auf der Ebene des Dialogs über die Entwicklungspolitik, was die Strukturanpassung und besonders deren soziale Auswirkungen anbelangt, sowie über die Umschreibung neuer Teilbereiche der Entwicklungspolitik;

– erhöhtem Aufwand an Phantasie und gutem Willen, um den Drittweltländern die Schuldenlast zu erleichtern;

– den Gesichtspunkt der Rentabilität von Anstrengungen zugunsten landwirtschaftlicher, hand-

werklicher und industrieller Produktion, um Aktivitäten aufzubauen, die selbsttragend und also lebensfähig sind und die Abhängigkeit vom Staat oder vom Ausland nicht noch vergrössern;

– die Entwicklung in ländlichen Gebieten, aber auch auf städtische Probleme, wie den Hausbau zu möglichst günstigen Preisen, sowie auf die Beschäftigung im informellen Sektor, in Handwerk und in Kleinbetrieben;

– die Stärkung der öffentlichen Verwaltung und der Dienstlei-

stungen in den Ländern der dritten Welt;

– Methoden, welche die Mitbeteiligung breiter Volkskreise, die Dezentralisierung und die Diversifizierung der Sozialstrukturen fördern und die damit den Demokratisierungsprozess verstärken.

Denn – und damit möchte ich schliessen – die Entwicklung und Demokratisierung gehen Hand in Hand und unterstützen sich gegenseitig.

(Übersetzung aus dem Französischen von Ruedi Wullschleger)

Nach drei Jahrzehnten Entwicklungszusammenarbeit

Ausstieg aus der Entwicklungshilfe?

Von Rudolf H. Strahm

Drei Jahrzehnte Entwicklungshilfe liegen hinter uns, und immer noch braucht es mehr davon. Wie lange soll sie noch weiterlaufen? Entwicklungszusammenarbeit sollte Hilfe zur Selbsthilfe sein, und irgendwann sollte sie sich überflüssig machen. In der Realität scheint allerdings das Gegenteil vorzuherrschen.

Totgelaufene Konzepte

Wenn man auf die vergangenen zwei, drei Jahrzehnte der Entwicklungspolitik zurückblickt, ist man mit Antworten bescheidener und selbstkritischer geworden. Unzählige Gesamtkonzeptionen für die Entwicklungszusammenarbeit sind lanciert, mit grossem publizistischem Getöse vorgestellt und später still vergessen worden. Es gab die Enzyklika «Populorum Progressio» (1968), den «Pearson-Bericht» der Weltbank (1969), das «Bariloche-Modell» (1974), den Bericht «Entwicklungsland Welt – Entwicklungsland Schweiz» (1975). Es gab später den «Nord-Süd-

Bericht» der Kommission von Willy Brandt, den Baker-Plan und – als neuestes PR-Produkt der amerikanischen Regierung – den Brady-Plan.

Alle diese Konzepte wussten genau, was zu tun sei, wie die Entwicklung zu organisieren sei; und im Rückblick ist davon ausser Rhetorik nicht viel verblieben. Immer gab es verbale Bekenntnisse zur «Hilfe zur Selbsthilfe», auch dort, wo das Gegenteil praktiziert wurde; und im Endeffekt unternahmen alle Konzeptbauer den Versuch, wenigstens ihre Hilflosigkeit wortreich zu verbergen.

All jene, die in den Jahrzehnten mit Entwicklungskonzepten ihr Image aufgebläht haben, haben eigentlich die Konsequenzen ihres Handelns, ihre Fehlbeurteilungen und Falschprognosen nie selber bezahlt. Bezahlt haben es ausschliesslich die ganz Armen, jene in den Vorstadtlums, die Leute auf dem Lande draussen, oder jene, die heute wegen Repression in Gefängnissen sitzen.

Das BAWI auf Irrwegen

Eine besondere Beachtung verdient die zentrale Meinungsbildungs-Agentur in der schweizerischen Entwicklungspolitik, die damalige Handelsabteilung, heute das Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI). Die relevanten und qualitativ ins Gewicht fallenden Weichenstellungen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wurden nämlich nie im auswärtigen Departement (EDA), sondern immer im Volkswirtschaftsdepartement vorgenommen.

Nach dem ersten Konjunkturbruch der Nachkriegszeit, 1974/75 (Ölkrise), empfahl die Handelsabteilung den schweizerischen Exporteuren den Weg in die OPEC-Länder. Der Schah von Persien war hoch im Kurs, und die Exportmanager absolvierten Schnellkurse in Arabisch und Persisch. Ab 1978 empfahl der damals unumstrittene Handelsabteilungschef Paul Jolles die Exportförderung in die sogenannten Schwellenländer, das waren die Diktaturen Brasiliens,

Argentiniens, der Türkei usw. Die Kredite und Darlehen wurden den Diktaturen von den optimistischen Bankiers und Exportkonzernen geradezu aufgeschwätzt.

Die Exportrisikogarantie wurde von der Handelsabteilung für die reibungslosen Exportgeschäfte angepriesen. Mit unerschütterlicher Selbstsicherheit und Arroganz propagierte BAWI-Direktor Paul Jolles der Privatwirtschaft die Exportförderung nach dem Motto «Kaufe heute – zahle später». Derselbe Mann genießt heute seine staatliche Pension und muss mit keinem Rappen für die ERG-Defizite und Bankenverluste (1,6 Milliarden ERG-Defizit) geradestehen, die eine direkte Folge der BAWI-Philosophie von damals sind.

Fehlbeurteilungen

Zu erinnern ist ebenso an die selbstsichere Art, wie 1975/76 etwa die Kommission von Roy Preiswerk mit ihrem Bericht «Entwicklungsland Welt – Entwicklungsland Schweiz» von Bundesrat Pierre Graber demonstriert wurde. Dabei sagte damals die Kommission voraus, was heute eindeutig und unbestritten ist, nämlich, dass die Entwicklungszusammenarbeit an den Ärmsten vorbeilaufe. Oder – um die SPS in eigener Sache zu bemühen – wie reagierte damals, zwischen 1978 und 1984, die offizielle Schweiz gegenüber der Problematik der Fluchtgeldfrage, als es um die Bankeninitiative ging! Heute ist die Kapitalflucht aus Entwicklungsländern ein hochfizielles Thema auch des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und zahlreicher nationaler Notenbanken.

Aus Fehlern lernen

Es geht hier nicht darum, abzu-

rechnen. Es geht vielmehr um die Frage nach den Konsequenzen, nach der Fähigkeit, für die Zukunft aus Fehlern zu lernen. Bei allem Imponiergehabe der BAWI-Ökonomen war ihre Aussenwirtschafts-Philosophie eben doch schmalbrüstig und auf den Irrweg angelegt:

Erstens wurden die klassischen Wachstumsmodelle unkritisch auf die Entwicklungsländer übertragen. Wären die Weltbank- und IWF-Modelle auch nur halbwegs richtig, müssten der Take-off (Aufschwungeffekt) und das Trickle-down (Durchsickerungseffekt zu den Ärmsten) längst belegbar sein.

Zweitens huldigten die Weltwirtschaftsstrategen einem engen, ökonomistischen Wachstumsbegriff, und sie vernachlässigten die Menschen, die Gesellschaft, die Institutionen, die Umwelt, die Mitwelt, kurz die strukturellen Voraussetzungen des (Nicht-)Wachstums in Entwicklungsländern.

Drittens wollten sie die effektiven Machtstrukturen in den Entwicklungsländern, die neokolonialen Beherrschungsverhältnisse, nicht für wahr haben.

Wenn man bedenkt, dass derzeit die gleichen Leute, die gleichen Bundesämter mit ihren neuen aktuellen Theorien hausieren, zum Beispiel mit dem EG-Syndrom eine Panikstimmung verbreiten oder einen Vollbeitritt zum IWF propagieren, ist diesmal seitens der SP etwas mehr Selbstsicherheit am Platze.

Entwicklungszusammenarbeit an den Ärmsten vorbei

Als Leitsatz der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit galt immer die «Hilfe zur Selbsthilfe». Das Motto tönt gut, ist überzeugend, konsensfähig und plausibel. Aber trotzdem, die Entwicklungshilfe hat in der Praxis oft mehr Abhängigkeiten geschaffen, mehr Eigenständigkeit zerstört, als wirkliche Selbsthilfe

gebracht. Die Selbsthilfe müsste sich selbst irgendwann überflüssig machen. Wenn tatsächlich Selbsthilfe geleistet worden ist, müsste man nach zwei, drei Jahrzehnten aus der Hilfe aussteigen können. Deshalb halte ich die Frage nach dem Ausstieg aus der Entwicklungshilfe für die zentrale Frage der 90er Jahre.

Es gibt unzählige Projekte des DEH, für die heute kein einziger Einheimischer schlaflose Nächte durchmacht, weil sie schief laufen, während Schweizer Experten sich abrackern, um das Projekt auf den «richtigen» (von Bern vorgezeichneten) Weg zu bringen. Es gibt unzählige Projekte – ich würde aus Überzeugung sagen, es sind weit mehr als die Hälfte –, die nicht die Ärmsten gefördert, sondern irgendwelche neue, arrivierte Schichten hervorgebracht haben. Den Schweizer Käse in Nepal können fast nur die Reichen und die Ausländer in Katmandu kaufen. Die hochgezüchteten schweizerisch-indischen Kuhrassen sind für die mittleren und grösseren Landwirtschaftsbetriebe gezüchtet worden. Die helvetischen Hotelfachschulen in Indonesien, Kenia und Tunesien fördern bestenfalls eine Trinkgeldentwicklung.

Trotz diesen Einsichten ist man immer noch ängstlich, abweisend verschlossen gegenüber der Kritik. Gegen Brigitte Ehlers «Tödliche Hilfe» und gegen den «Bericht Basler» über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit in Nepal reagierte das offizielle Bern ängstlich, defensiv, unkonstruktiv.

Rückzug auf Katastrophenhilfe?

Der Altmeister der Entwicklungsökonomie und Ökonomie-Nobelpreisträger Gunnar Myrdal zog am Ende seines Lebens sehr harte Konsequenzen: Vom ganzen Entwicklungsrummel sollte nur die Katastrophenhilfe und die humanitäre Hilfe an die Entwicklungsländer weitergeführt

werden. Verstärkt werden sollte das Engagement für Menschenrechte in Entwicklungsländern, aber die eigentliche Entwicklungszusammenarbeit und Darlehensmaschinerie sollte bald ein Ende nehmen.

Soweit Gunnar Myrdal, immerhin ein respektabler und provokativer Denkanstoss.

Informeller Sektor im Vordergrund

Als wirklich neuer Ansatz, als Herausforderung auch an die Linke, betrachte ich das Konzept des Peruaners Hernando de Soto «El otro sendero» (Der andere Pfad, englische Ausgabe: Hernando de Soto, The other path, Harper & Row, New York 1989). De Soto behauptet, meines Erachtens zu Recht: Wenn etwas als Wohlstandsproduzent in der Dritten Welt überhaupt funktioniert, so ist es der informelle Sektor.

Unter informellem Sektor ist die Wirtschaft ausserhalb der staatlichen Strukturen, des monetären Marktes und der Konzerne zu verstehen. Es sind die unzähligen Kleinhandwerker, die Reparatur- und Material-Recycling-Buden, die kleinen Netze der Hilfs- und Zulieferateliers, die Schattenwirtschaft der Selbsthilfefproduktion. Diese «Informalidad» gewährleistet die Aufrechterhaltung der Produktion, wo die Kaufkraft für Konzernprodukte fehlt. Sie gewährleistet den Tausch notfalls auch ausserhalb des inflationären Geldkreislaufs, und sie dient als soziales Auffangnetz für Arbeitslose, Jugendliche, Slumbewohner. Dieser informelle Sektor scheint mir förderungswürdig und erfolgversprechend. Allerdings stellt sich die Frage: Ist er noch informell, wenn er von aussen durch Institutionen unterstützt und finanziert wird?

Eine kleine Checkliste

Alle grossen Projekte der Ent-

wicklungszusammenarbeit haben versagt: Entweder liefen sie sich von selber tot und endeten in verrosteten Entwicklungsruinen, oder sie brachten ein isoliertes Wachstum an den Ärmsten vorbei. Sie haben eigentlich nichts anderes bewirkt, denn als Exportstütze der Industrieländer zu dienen.

Wo ist eine Entwicklungshilfe noch sinnvoll? Was sind die Kriterien? Hier eine kleine Checkliste, nach der man Entwicklungsprojekte beurteilen könnte:

● Stützt das Projekt die Binnenwirtschaft statt die Exporte?

● Dient das Projekt der Grundversorgung mit billigen Massenkongsumgütern des lebensnotwendigen Bedarfs, statt der Versorgung für die kaufkräftigen Schichten?

● Ist die Technologie, die das Projekt einführt, wiederholbar, angepasst, auch für ärmere Schichten akzeptabel?

● Werden Kräfte gestärkt, die die kleinmaschige Wirtschaft (Informalidad) und die Reform stützen, statt Machtstrukturen der korrupten Eliten zu verstärken?

Der Preis von Bretton-Woods

Als Knacknuss erweist sich die Frage, wie die 1200 Milliarden Dollar Aussenschuld aller Entwicklungsländer insgesamt zu bewältigen seien. Diese Aussenverschuldung wird die Weltwirtschaft der 90er Jahre entscheidend prägen und die innenpolitische Auseinandersetzung um die Aussenwirtschaftspolitik auch.

Die schweizerische Entwicklungspolitik wird sich in Zukunft sicher mit den Fragen eines Beitritts zu den Bretton-Woods-Instituten (Internationaler Währungsfonds, Weltbank, IDA) befassen.

Es ist keine Frage: Die Bretton-Woods-Institute wollen die Entwicklungsländer stärker in die Weltwirtschaft integrieren. Eine solche Integration ist nur um den

Preis möglich, dass sich die Entwicklungsländer intern desintegrieren. Die Entwicklungsländer als Ganzes sind in die Weltwirtschaft gar nicht integrierbar; höchstens sind ihre modernen Wachstumsenklaiven für die Integration in die Weltwirtschaft geeignet.

Heute wird kaum mehr bestritten, dass die vom IWF diktierte Deflationsstrategie bei der Schuldensanierung in den Entwicklungsländern versagt hat: Es wurde nicht Wachstum, sondern Armut, Hunger und Unterentwicklung entwickelt. In Lateinamerika spricht man heute von einem «verlorenen Jahrzehnt»: Durch die jahrelange Austerity-Politik, wie sie vom IWF diktiert worden ist, wird 1990 weniger zum Konsum zur Verfügung stehen als 1980. Die Armut, die der IWF in den höchstverschuldeten Ländern mit seinen Konditionen verstärkt hat (Stopp der Löhne, Senkung der Staatsausgaben, Verteuerung der Grundnahrungsmittel, Abwertung), entspricht in ihren Auswirkungen schon holocaustischen Dimensionen.

Warnrufe vor der IWF-Politik gab es schon in den 70er Jahren. Wer aber heute, 1989, die negative Bilanz des IWF bezüglich Entwicklung negiert, dem ist die entwicklungspolitische Kompetenz wohl abzuspreehen. Allerdings ist zu präzisieren: Negativ ist die Bilanz nur in bezug auf die Entwicklung in den Schuldnerländern; für die Gläubiger hatte die IWF-Strangulation natürlich dank der Nettokapitalflüsse aus den Schuldnerländern auch ihre profitable Seite...

IWF-Konditionen unter Beschuss

Die Konditionen des IWF sind heute unter Beschuss. Wir sind gegen jede Art von Konditionalitäten, wir sind nicht gegen jede Struktur Anpassung. Aber es sind Alternativen denkbar und möglich: Statt Exportforcierung unter Abräumung der einheimischen

Märkte kann auch, die Alternative, eine Drosselung der Luxusgüterimporte (z. B. Autos) zum ausenwirtschaftlichen Gleichgewicht führen. Statt Kürzung der Sozialausgaben könnte auch eine Reduktion der unproduktiven Militärausgaben und der Grossprojekte gefordert werden. Und so weiter.

Alle sind im Grunde genommen ein bisschen hilflos, wenn es um die Entschuldung geht. Der Baker-Plan – Neukredite ohne Schuldenerlass zur Ankurbelung des Wachstums – war keine Lösung. Er ist auf der ganzen Linie, soweit er überhaupt umgesetzt worden ist, gescheitert. Der neuere Brady-Plan – Neukredite in Kombination mit Schuldenerlass – wird ebenso scheitern, weil die Bankiers und die Japaner zum Teil nicht mitziehen und weil die mitgeforderte Wirtschaftsliberalisierung nur dem internationalen Sektor der Entwicklungsländer (Konzerne, Exporteure) und nicht der breiten Binnenwirtschaft Anreize bringt. Der Brady-Plan ist vor allem eine Existenznotwendigkeit für die US-Banken. Auch Scheinlösungen wie der Ausverkauf der Binnenwirtschaft durch Debt-Equity-Swaps werden bald an politische Grenzen stossen.

Seit der Inthronisation von Camdessus als neuer IWF-Direktor spricht man von einer weichen Entschuldung – auch das ein neuer verbaler PR-Feldzug, den Wirtschaftspublizisten nur allzu gerne mitbegleiten. Strukturell ist keine Politik zu erkennen, die einem wirklichen Verschuldungsabbau dient. Selbst in Mexiko sind die jüngsten Konditionen, wenn auch selbst auferlegt, nicht weniger rigide und kaufkraftschmälernd für die Armen als anderswo.

Entwicklungspolitiker fordern nun einen globalen, linearen Schuldenerlass. Persönlich ziehe ich bei dieser Forderung nicht mit: Wenn ein Schuldner mit unveränderter Struktur neue Im-

portmöglichkeiten erhält, wird er die neuen Finanzierungskapazitäten wiederum benützen, die gleichen ineffizienten Importe finanzieren, Rüstungsgüter, Mammutprojekte, Wachstumsenklaiven, Luxusgüter fördern. Schuldenerlass ohne Umorientierung und Stärkung der Binnenwirtschaft ist sinnlos. Aber gerade an der Imports substitution, an der Stärkung der Binnenwirtschaft, sind die Bretton-Woods-Institutionen nicht interessiert. Im Gegenteil, überall, wo die Produktion auf den Binnensektor gelenkt wird, wird die Strategie von der IWF/Weltbank-Gruppe sabotiert.

Wo ein Schuldenerlass durch die Schweiz vorgenommen wird, sollte er selektiv vorgenommen werden: Schuldenerlass gegenüber Regierungen, die weniger aufrüsten, mehr für die Landwirtschaft tun, mehr die Imports substitution fördern.

Inflation als Schuldenabbauer?

Von allen möglichen Szenarien – Schuldnerkartell, Crash, Schuldenerlass – zur Bewältigung der Schuldenberge der Entwicklungsländer halte ich für die Zukunft den inflationären Pfad als den wahrscheinlichsten: Sowohl die USA als grösster internationaler Schuldner wie auch die Entwicklungsländer sind interessiert, dass die Inflation weltweit ansteigt, um ihre Schulden real abzutragen. Dies ist wahrscheinlich der schmerzloseste Weg. Die Schulden zahlen dann nicht die Entwicklungsländer, auch nicht die Banken, Regierungen und Konzerne, sondern die Nominalgläubiger, konkret: die Schulden zahlen die Sparbüchleinbesitzer und die Pensionskassenberechtigten in Europa und Japan.

Was bleibt denn da noch von Entwicklungszusammenarbeit, technischer Zusammenarbeit, Finanzhilfe und Mischkrediten übrig? Ist die Entwicklungszusammenarbeit demontierbedürftig

geworden? Was bleibt und immer dringlicher wird, sind Reformen in unseren Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern, die den Bund direkt nichts oder weniger kosten.

● Nach wie vor gilt für die Schweiz das Motto: Es kommt weniger darauf an, mehr zu geben, als weniger zu nehmen. Nach wie vor fliesst Jahr für Jahr mehr an Fluchtgeldern auf Schweizer Banken, als wir insgesamt Entwicklungshilfe leisten. Damit sind zum Beispiel das Bankgeheimnis, der Geldwäscheartikel, die internationale Rechtshilfe angesprochen.

● Der Einsatz für Menschenrechte in den Entwicklungsländern bleibt in Zukunft wohl das wichtigste Gebot der Dritte-Welt-Politik. Die Aussenpolitik besteht zum grossen Teil aus Symbolik, aus aussenpolitischen Zeichen von Regierung zu Regierung. Wir sollten noch mehr darauf drängen, dass diplomatische Demarchen, Botschafferrückzüge, Auslandsbesuche, selektive Boykotte in den Dienst der Solidarität mit den Armen und Unterdrückten gestellt werden. Ich denke etwa an entsprechende Zeichen gegenüber Pretoria, an Gegendruck gegen die Regierung in Ankara, deren Politik für uns kostspielige Flüchtlingsströme auslöst.

● Auch selektive Importförderung aus bestimmten Entwicklungsländern könnte mehr Wachstumsimpulse bringen als Finanztransfers. Solche Importförderung ist nicht zu verwechseln mit dem abgegriffenen Lamento gegen den Protektionismus und für Handelsliberalisierung. Importe bestimmter Handwerksartikel aus Entwicklungsländern, bestimmter Verarbeitungsprodukte, von Zucker etwa, kurz von Produkten, die auf einer breiten Wertschöpfung in den Entwicklungsländern basieren, sollen eben selektiv gefördert werden.

● Nicht zuletzt geht es darum, dass die Entwicklungszusam-

menarbeit auch besser verkauft wird, dass man besser erklärt, was sie tut. Auf symbolische Aktionen kann man nicht verzichten. Wir dürfen die Entwick-

lungsfrage nicht den fundamentalistischen amerikanischen Sammelagenturen und den multilateralen Konzernen überlassen.

SPS-Studentagung: Arbeitsgruppe Finanzbeziehungen

Mehr politisches Gewicht

Folgende Feststellungen bildeten den Ausgangspunkt für die Diskussion, ob es im Bereich der Finanzbeziehungen neue Schwerpunkte entwicklungspolitischen Handelns gebe.

● Altbekannt ist, dass die wirtschaftlichen Beziehungen und im besonderen die Finanzbeziehungen der Schweiz mit der Dritten Welt einer solidarischen Entwicklungspolitik grösstenteils krass zuwiderlaufen. Unbestritten ist in diesem Zusammenhang die entwicklungspolitische Maxime, wonach es wichtiger ist, *weniger zu nehmen als mehr zu geben*.

● Neu ist die Ausprägung der Finanzbeziehungen. Im Gefolge der Schuldenkrise sind weite Teile der Dritten Welt wirtschaftlich schlicht und einfach uninteressant geworden. Die Zeichen stehen auf Rückzug; neue Gelder fliessen keine mehr, und es findet eine Art *Abkoppelung von oben* statt. Gleichzeitig sichern sich die Gläubiger ihre alten Forderungen mit Erfolg. Als Ausdruck davon hat sich beispielsweise das Total der statistisch ausgewiesenen schweizerischen Finanzflüsse in die Dritte Welt umgedreht; offiziell-statistisch *finanziert die Dritte Welt heute die Schweiz*.

● In diesem Zusammenhang denaturiert die Entwicklungshilfe mehr und mehr zu einer direkten oder indirekten *Beihilfe zur Schuldenerleichterung* (indirekt vor allem, indem die sozialen «Flurschäden» der Schuldenpolitik gemildert werden). Gleichzei-

tig dient die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz auch als wichtiges Instrument der Annäherung an die Institutionen von *Bretton Woods*.

● Auf diversen Ebenen findet heute eine Sozialisierung privater Risiken statt: durch Entwicklungshilfe, Steuerverluste bei Rückstellungen der Banken und vor allem auch durch die geplante Umwandlung von Bundesvorschüssen an die Exportrisikogarantie (ERG) in Zuschüsse.

● Für einige besonders *menschenrechtsverachtende Regimes* (Südafrika, Türkei) bilden die Schweizer Banken nach wie vor eine entscheidende Finanzstütze. Vor diesem Hintergrund ergab sich in wesentlichen Punkten eine weitgehende Übereinstimmung:

● *Entschuldungsmassnahmen* sind vordringlich. Nur mit umfassender Schuldenerleichterung, welche die Schuldenabhängigkeit und die damit zusammenhängende Exportforcierung aufbricht, ist eigenbestimmte Entwicklung der Schuldnerländer möglich. In diesem Zusammenhang ist bei den geplanten Abschreibungen der ERG zulasten des Bundes zu fordern, dass solche Abschreibungen auf alle Fälle mit Streichungen von ERG-Forderungen gegenüber Entwicklungsländern zu verbinden sind.

● Nach wie vor liegt das entscheidende Gewicht der Schweiz bei der *Fluchtgeldfrage*. In der gegenwärtigen Diskussion um Schmutzgeld muss auch die Ka-

pitalflucht wieder stärker thematisiert werden. Als Mittel zur Bekämpfung des Fluchtgeldzuflusses sollten vor allem Besteuerungsmassnahmen (Verrechnungssteuer) in den Vordergrund gestellt werden.

● Die Sozialisierung des privaten Gläubigerisikos ist bei der anstehenden ERG-Debatte zu thematisieren. Dabei sind auch die Forderungen bezüglich entwicklungspolitischer *Kontrolle der ERG* (Besetzung der ERG-Kommission) einzubringen.

● Generell müssen die wirtschaftspolitischen Entscheide aus der Dunkelkammer heraus; es braucht eine Demokratisierung und Politisierung dieser Entscheide (z. B. ERG, Mischkredite, Umschuldungen).

In vielen Fragen wurde in der Arbeitsgruppe keine Einigkeit erzielt, zum Teil konnten sie mangels Zeit nicht diskutiert werden: Konditionalität bei Umschuldungen und Entschuldung, Verhältnis der Schweiz zu IWF/Weltbank, Funktion der Entwicklungshilfe.

In der Diskussion traten sehr unterschiedliche Betrachtungsweisen und auch Unverständnis zutage, vor allem zwischen Genossinnen und Genossen aus der Verwaltung einerseits und entwicklungspolitischen Aktivistinnen und Aktivisten andererseits. Dem Vorwurf der Systemimmunität stand der Vorwurf des Abgehobenseins von der politischen Realität gegenüber. Einig war man/frau sich aber, dass es unabdingbar ist, die verschiedenen Seiten miteinander zu vernetzen, wenn entwicklungspolitische Forderungen der SPS grösseres politisches Gewicht erhalten sollen. Einstimmig wurde der Wunsch an die entwicklungspolitische Kommission formuliert, die an der Tagung aufgenommene Diskussion zwischen den verschiedenen Seiten weiterzuführen.

(Berichterstatter: Tobias Bauer)